

Protokoll
**über die Sitzung des Jugend-, Kultur-, Sozial- und
Friedhofsausschusses**
am Dienstag, den 7. November 2023

Anwesend:

Vorsitzende	Isabell Menthe
Gemeindevertreter	Joachim Gruß
Gemeindevertreterin	Uta Laumann
Gemeindevertreter	Rainer Klippert

Weiterhin waren anwesend:

Bürgermeister	Gerhold Brill
Beigeordneter	Helmut Wagner

Gast: Andrea Bullmann, Gesamtleitung der Kindergärten

Schriftführung: Stephanie Flügel

Beginn: 19:00 Uhr

TOP 1

Wahl einer neuen Schriftführerin / eines neuen Schriftführers

Frau Kirsten Menzel hat ihr Amt als Schriftführerin im JKSF-Ausschuss niedergelegt. Bürgermeister Brill schlägt Stephanie Flügel als neue Schriftführerin und Frau Angelina Fischer als ihre Stellvertreterin vor. Weitere Vorschläge werden nicht genannt. Es wird offen gewählt.

Beschluss:

Frau Flügel wird einstimmig zur Schriftführerin gewählt. Sie nimmt die Wahl an. Frau Fischer wird einstimmig zur stellvertretenden Schriftführerin gewählt. Auch sie nimmt die Wahl an und hat bereits im Vorfeld ihre Zustimmung erklärt.

TOP 2

Änderung der Kita-Satzung

Frau Bullmann, Gesamtleitung der Kindergärten, ist als Gast anwesend. Bürgermeister Brill erklärt, dass der eigentliche Grund für die Satzungsänderung die Kürzung der Öffnungszeiten sowie die neue Regelung der Sommerferien gewesen ist. Hinzu kamen dann noch einige kleinere redaktionelle Änderungen. Dass die Kindergärten künftig drei Wochen in den Sommerferien schließen sollen und keine Notgruppe mehr angeboten werden soll, hat sowohl in der letzten Sitzung des JKSF-Ausschusses als auch beim HFBU-Ausschuss für Unstimmigkeiten und teilweise auch Ablehnung gesorgt. Aus diesem Grund wurde Frau Bullmann zu der Sitzung eingeladen, um zu diesem Thema noch einmal Stellung zu beziehen.

Frau Menthe erteilt Frau Bullmann das Wort.

Frau Bullmann erklärt, warum sie die Schließung in den drei Wochen Sommerferien für sinnvoll hält. Notgruppen sind für die Eltern vorgesehen, die keine Betreuung ihrer Kinder sicherstellen können. In der Vergangenheit konnten jedoch Fälle wie eine massive Überbelegung und Ausnutzung der Regelung festgestellt, aber auch das genaue Gegenteil, dass Kinder für die Notgruppen angemeldet wurden, Personal bereitgestellt wurde und die Kinder dann nicht gekommen sind, festgestellt werden. Frau Bullmann erklärt weiter, dass es wichtig ist, dass die Erzieher/innen und auch die Kinder sich in diesen drei Wochen erholen können. Können die Erzieher/innen keinen Urlaub in den Sommerferien nehmen, sind sie gezwungen ihren Urlaub im Laufe der Kindergartenzeit abzubauen, was dann wieder zu Personalausfällen und Überstunden anderer Kollegen führt. Auch für die Kinder ist diese Pause wichtig. Auch sie haben ein Recht auf Urlaub und Erholung außerhalb des Kita-Alltags, denn es gibt viele Kinder, die das ganze Jahr über im Kindergarten sind, oder längeren Urlaub oder Pausen. Zudem gibt es Einschränkungen was die Nutzung der Notgruppen angeht. Kinder, mit besonderem Förderbedarf, und auch Krippenkinder sind von der Notgruppe ausgeschlossen, da in diesen Fällen die Bezugserzieher nicht vollumfänglich zur Verfügung stehen. Mit den Elternbeiräten wurde dieses Thema bereits besprochen und sie haben ihr Einverständnis zu der neuen Regelung gegeben. Auch die umliegenden Kindergärten haben in den Sommerferien drei Wochen komplett geschlossen.

Für Herrn Gruß ist die neue Regelung und auch die Argumentation von Frau Bullmann nachvollziehbar. Außerdem haben auch die Erzieher/innen ein Recht auf zwei / drei Wochen Urlaub am Stück.

Bürgermeister Brill vertritt die Meinung, dass die Eltern in der Verantwortung stehen. In der Schule kommen weitaus mehr Schließzeiten auf sie zu. „Wir müssen die Personalkosten im Blick haben“, ermahnt er und bittet um Zustimmung zu der Satzungsänderung in der vorliegenden Form.

Frau Bullmann spricht noch einmal den Absatz zum Thema „Fotos und Videos“ an, welcher neu mit in die Satzung aufgenommen wurde. Sie erklärt, dass früher viele Fotos gemacht wurden. Durch den Datenschutz hat sich die Situation allerdings geändert und Vorschriften haben das Fotografieren in den Kindergärten eingeschränkt. Fotos müssen vorher von den Eltern schriftlich genehmigt werden. Eine allgemeine Fotoerlaubnis, wie sie früher von den Kindergärten / der Kindergartenverwaltung gefordert wurde, reicht nicht mehr aus. Jetzt muss jedem „Foto-Vorhaben“, ob Fotos für die Zeitung, Foto für Fotoausstellungen im Kindergarten, Fotos mit anderen Kindern, Fotos für Portfoliomappen, einzeln von den Eltern, schriftlich, zugestimmt werden. In den Kindergärten ist das Fotografieren mit Handys verboten. Um einen Überblick über die Fotos zu haben, werden lediglich Aufnahmen mit einer Kamera gemacht.

Bürgermeister Brill weist in diesem Zusammenhang auf die Gefahren, die durch Handyfotos und unachtsames Weiterleiten und Veröffentlichen im Internet ausgehen können, hin. Fotos sollen gemacht werden, um an diese schöne Zeit im Kindergarten zu erinnern, aber nur mit gewissen Regeln und Einschränkungen.

Frau Laumann spricht sich für eine Notbetreuung in den Sommerferien aus. Drei Wochen Ferien sind ihr einfach zu lang.

Herr Gruß kann die Bedenken nicht nachvollziehen. Wenn es rechtzeitig angekündigt wird, und das wird es, kann sich doch jeder darauf einstellen. Zumal die Elternbeiräte auch zugestimmt haben, ergänzt er.

Herr Klippert überlegt, ob sich die Eltern eventuell selbst organisieren könnten und vielleicht in Gruppen die Betreuung der Kinder übernehmen könnten. Frau Bullmann erklärt, dass es für Kinderbetreuung strenge Vorschriften und Auflagen gibt. Über die Gemeinde wäre eine solche Betreuung nicht möglich und auch nicht zulässig.

Frau Laumann tut sich weiterhin schwer mit dem Gedanken, die Kindergärten für drei Wochen zu schließen.

Bürgermeister Brill befürwortet die Schließung zum Wohle der Kinder.

Frau Menthe kann die Argumente von Frau Bullmann ebenfalls nachvollziehen.

Herr Klippert steht ebenfalls kritisch der Schließung gegenüber, möchte aber, dass das Thema beendet wird, um den Eltern nun auch endlich die Entscheidung mitteilen zu können und befürwortet aus diesem Grund eine Zustimmung zur Satzungsänderung, mit den drei Wochen Sommerferien. Glücklich ist er mit der Entscheidung aber nicht.

Auf Nachfrage von Herrn Gruß erklärt Bürgermeister Brill, dass die Kindergärten der Gemeinde jährlich ca. 1,3 Millionen Euro kosten.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen mit drei Ja-Stimmen und einer Enthaltung, der Satzungsänderung in der vorliegenden Form zuzustimmen und der Gemeindevertretung einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

TOP 3

Gründung Kinder- und Jugendbeirat

Bürgermeister Brill erklärt, dass der Antrag in 2017 von Herrn Hasecke eingebracht wurde. Seinerzeit wurden alle Jugendlichen aus Meinhard zu einer Info-Veranstaltung eingeladen, an der auch der KiJu-Beirat aus Großalmerode teilgenommen hatte, um den Meinharder Jugendlichen das Thema näher zu bringen und ihnen die Vorteile aufzuzeigen. Als das Thema weiter vertieft und eine Geschäftsordnung verfasst werden sollte, hat das Interesse der Jugendlichen immer stärker nachgelassen, bis das Thema ganz zum Erliegen kam. Das Thema soll nun erneut aufgegriffen werden.

Herr Gruß weiß, dass ein solches Projekt in Eschwege ebenfalls nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat.

In der nächsten Bürgermeisterdienstversammlung wird ein Masterplan Jugend vom Werra-Meißner-Kreis vorgestellt, so Bürgermeister Brill. Auch Kinder- und Jugendbeiräte sind dabei Thema. Die Bürgermeister und der Werra-Meißner-Kreis wollen nun gemeinsam daran arbeiten. Die Kinder und Jugendlichen aus dem Kreis können bis Ostern online abstimmen, was ihnen in ihrem Kreis besonders wichtig ist und ihre eigene Meinung abgeben. Die Rückmeldungen werden dann ausgewertet. Bürgermeister Brill ist der Auffassung, dass man erst einmal den Projektstart des Kreises und das Ergebnis daraus abwarten sollte. Er freut sich, dass dieses Thema nun erneut aufgegriffen und auch der Werra-Meißner-Kreis in diesem

Bereich tätig wird und man so eventuell gemeinsam agieren kann. Auch Herr Gruß begrüßt das Vorhaben des Kreises.

Die Anwesenden sind sich einig, dass mehr für die politische Bildung getan werden müsste, auch in den Schulen. Politische Bildung ist wichtig, man muss die Jugendlichen für dieses Thema begeistern.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass das Thema zur weiteren Beratung im Geschäftsgang bleibt. Das Ergebnis des Masterplans des Werra-Meißner-Kreises soll abgewartet werden.

TOP 4

Antrag „Installation von Ladestationen für E-Bikes“

Das Thema wurde in die Gemeindevertretung eingebracht und zur weiteren Beratung an die beiden Ausschüsse sowie die Ortsbeiräte überwiesen. Bürgermeister Brill hat sich diesbezüglich schon Gedanken gemacht und überlegt, wie man den Antrag umsetzen könnte. Auch gab es ja schon die Idee, einen Radweg über die Hessische Schweiz zu planen, in dessen Zusammenhang man eventuelle Ladestationen installieren könnte. Sinnvoll wäre es natürlich, wenn die Ladestationen an einer Gastronomie angebracht werden würden, so dass die Radfahrer entspannt auf das Laden ihres Akkus warten können. Von der Gemeinde wurde bereits ein Antrag auf Förderung für Ladestationen für E-Bikes und auch E-Autos gestellt. Dieser wurde jedoch abgelehnt. Das Konzept war nicht ausreichend, erklärt Bürgermeister Brill.

Auch mit Hessen Mobil wurde bereits die Radwegeplanung thematisiert. Für Hessen Mobil ist ein Radweg in der Hessischen Schweiz, parallel zur Straße, allerdings nicht interessant, da das Verkehrsaufkommen zu gering ist, um einen Radweg tatsächlich zu fordern und zu rechtfertigen.

Herr Gruß ist der Meinung, dass eine Installation von Ladestationen für E-Bikes in Meinhard nicht sinnvoll ist. Die Fahrräder haben mittlerweile einen so großen Akku, dass dieser mindestens eine Radtour hält. Je nachdem wie lang die Touren sind, hält er auch zwei drei Touren. Die Radfahrer planen das Laden des Akkus und wissen ganz genau, wie lang sie noch fahren können. Ein Aufladen unterwegs ist in den meisten Fällen nicht notwendig. Für Gastronomiebetriebe wäre das sicher eine lukrative Idee, aber nicht für die Gemeinde. Auch den Radwegbau sieht er eher kritisch und befürchtet, dass dafür nicht genug Touristen und Radfahrer in der Hessischen Schweiz unterwegs sind, um ein solches Projekt zu rechtfertigen.

Herr Klippert und Frau Menthe sind ebenfalls der Meinung, dass die Gemeinde Meinhard nicht in Ladestationen für E-Bikes investieren sollte. Herr Klippert überlegt, ob man eventuell eine Akku-Tausch-Station einrichten könnte. Für Herrn Gruß macht das aber keinen Sinn, da die Fahrräder ja unterschiedliche Akkus haben.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass das Thema vorerst im Geschäftsgang bleibt.

TOP 5

Verschiedenes

5.1 Funkmast zwischen Jestädt und Motzenrode

Bürgermeister Brill verkündet, dass das Unternehmen O2 einen Funkmast zwischen Jestädt und Motzenrode bauen will.

5.2. Jährliche Spielplatzkontrolle

Bei der jährlichen Spielplatzkontrolle wurden von den Sachverständigen neben den kleineren Mängeln, wie Fallschutzkies erneuern oder Holzelemente austauschen, nun auch gravierende Mängel festgestellt. So muss der Spielplatz am Ostufer in Schwebda mit einem Zaun versehen werden, damit die Kinder beim Spielen auf dem Spielplatz nicht in den Werratalsee fallen können. Die Kosten für den Zaun, welcher zudem auch noch gewisse Anforderungen erfüllen muss, belaufen sich auf ca. 40.000,- €.

Ähnliches gilt für den Spielplatz in Hitzelrode. Dort befindet sich in unmittelbarer Nähe der Feuerlöschteich, der ebenfalls zum Schutz der Kinder eingezäunt werden muss. Die Kosten für diesen Zaun belaufen sich auf ca. 22.000,- €.

5.3. Partnerschaft mit der argentinischen Gemeinde Valle Maria

Auf Nachfrage von Herrn Gruß erklärt Bürgermeister Brill, dass zwischen Meinhard und Valle Maria regelmäßiger E-Mail-Kontakt besteht.

Frau Menthe schließt die Sitzung um 20:04 Uhr.

Isabell Menthe
Vorsitzende

Stephanie Flügel
Schriftführerin